

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932**

12.10.1932 (No. 239)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 955  
und 954  
Postfach Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
G. Kneub,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Sechstel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifrecher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Konsumverfälschung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abnehmer keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 26. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsleiter für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### \* Leipzig und München

Der aufmerksame Zeitungsleser, der sich an Hand der Lektüre seines Blattes wirklich ein Bild von den Menschen und Dingen seiner Zeit machen will, hat es heutzutage nicht leicht. Am schlimmsten aber ist es für ihn, wenn er auf Berichte stößt, die ihrem Sinne nach in direktem Widerspruch zueinander stehen. Welchem Bericht soll er glauben? Wo ist die Wahrheit?

Nach jetzt wieder durchlebt er eine solche Periode des Widerspruchs: er liest auf der einen Seite die Prozeßberichte aus Leipzig, und er liest auf der anderen Seite die Reden, die in München gehalten worden sind. Und er kann die Linie nicht entdecken, die das Verhalten der Reichsregierung so, wie es sich in dem Prozeß vor dem Staatsgerichtshof manifestiert, mit dem Verhalten des Reichskanzlers bei seinem jetzigen Besuch in München verbindet.

Man mag die Dinge betrachten, von welcher Seite man will, man mag sie nach links und nach rechts drehen — immer bleibt die Tatsache bestehen, daß die Reichsregierung sich bei ihrem Vorgehen in Preußen über die Grundzüge einer föderalistischen Verfassungsreform hinweggesetzt hat. Die ganze Art und Weise ihres Vorgehens gegenüber der preussischen Regierung war so, daß von einer Wahrung der Länderrechte nicht mehr gesprochen werden konnte.

Und nun stand gestern derselbe Reichskanzler, der diese Politik Preußen gegenüber inszenierte, vor dem bayerischen Gesamtministerium und später vor der Münchener Presse und erklärte, daß „das neue Reich nur mit den Ländern und durch die Länder gebaut werden könne“, daß die „gegenwärtige Reichsregierung bewusst auf föderalistischem Standpunkt stehe“, und daß „das Eigenleben und die Geltung der Länder wieder zu voller Blüte gebracht werden sollen. Nicht ein über Zentralismus oder Unitarismus solle herrschen, und es solle nicht ein Reich geben, das von Berlin regiert werde, sondern das regiert werde von den vieltausendfältigen Kräften, die aus allen Teilen des deutschen Volkes gewachsen seien.“ Wie werde er (der Reichskanzler) vergessen, was die Länder für das Reich geleistet hätten.

Das sind schöne Worte, über die man sich im ganzen Süden sicherlich herzlich freuen wird. Zumal sie inhaltlich noch über das hinausgehen, was man bisher aus dem Munde des Reichskanzlers und seiner Mitarbeiter vernommen hat. Es heißt jetzt nicht mehr bloß, daß die Rechte der Länder gewahrt werden sollen, sondern es heißt jetzt, daß das Eigenleben der Länder „wieder zur vollen Blüte gebracht werden soll“. Und dieses unter ausdrücklicher Verwerfung aller zentralistischen Ideen. Also eine Rückwärtsrevision unserer Verfassung im föderalistischen Sinne!

Aber wie reimt sich das zusammen mit dem Vorgehen des Reichskabinetts gegen die preussische Regierung? Nun, zunächst reimt es sich gar nicht. Aber man muß nur gründlich nachdenken, und dann wird man schon einen Reim finden — ja sogar zwei. Der eine ist praktisch-politischer Art, der andere hat staats- und verfassungsrechtliche Natur.

Die große Aufgabe, die sich das Kabinett von Papen in Übereinstimmung mit dem Reichspräsidenten gestellt hat ist die Reichsreform, die Schaffung des „neuen“ oder „dritten Reiches“. Heute schon weiß man in Berlin, daß sie sich mit dem Parlament nicht wird erledigen lassen. Also, folgert man, damit ohne oder gegen das Parlament, aber gestützt auf andere wichtige Kräfte und Institutionen. Der berühmte „Impuls aus dem Volke“ soll da sein. Auf ihn will das Reichskabinett zurückgreifen, durch ihn will es sich moralisch legitimieren lassen.

Diese Legitimation würde nach der Ansicht der Freunde des Herrn von Papen vollkommen ausreichen, wenn sich das Gros der Länder, wenn sich eine so wichtige Institution, wie der Reichsrat, für das Reichskabinett und seine Reichsreformziele erklären würden. Die Politik des Reichskanzlers zielt also ganz eindeutig darauf ab, die Länder und vor allem den Süden, für diese Reichsreform zu gewinnen, und zwar zu gewinnen durch die Bewilligung größerer Rechte an die Länder, durch die neue und starke Fundamentierung des föderalistischen Gedankens. Auch die große Rede, die der Kanzler heute vor der bayerischen Wirtschaft hielt, bestätigt das. Za, er macht diesmal sogar eine Reihe formulierter Vorschläge. (Wir werden morgen auf diese neuen Ausführungen des Kanzlers noch zurückkommen.)

## Reichskanzlerrede in München

### Wirtschaftsprogramm und Reichsreform

München, 12. Okt. (Tel.) Der programmatische Rede, die Reichskanzler von Papen heute vormittag in München hielt und die auf alle deutschen Sender übertragen wurde, ging eine Begrüßungsansprache des ersten Vorsitzenden des Bayerischen Industriellenverbandes, Geh. Landesbaurat Böllinger, voraus, in der er dem Reichskanzler für sein Erscheinen in München dankte, die Bereitschaft der Industrie und der bayerischen Wirtschaft unterstrich, der von der Reichsregierung ausgehenden Parole der freien Initiative der Unternehmer zu folgen, und die Punkte hervorhob, in denen die Wirtschaft dem Programm der Reichsregierung, in Sonderheit den Kontingentierungsmassnahmen kritisch gegenüberstehe.

Darauf ergriff Reichskanzler von Papen das Wort, wobei er zunächst darauf hinwies, er sei fest durchdrungen von der Notwendigkeit der gleichen Mitwirkung aller deutschen Stämme an der Gestaltung des deutschen Gesamtgeschicks. Er führte dann u. a. aus:

### Deutschlands Anspruch auf Gleichberechtigung

Augenblicklich steht das Währungsproblem im Mittelpunkt des Interesses. Was bedeutet das für die Wirtschaft? Wir fordern gleiches Recht und gleiche Sicherheit wie alle anderen Völker. Wie kann unser Handel mit dem Ausland gedeihen, wenn der deutsche Staat dort nicht das gleiche Ansehen genießt wie jeder andere? Wer wird Kapital anlegen in einem Lande, das dem Zugriff seiner Nachbarn schutzlos preisgegeben ist? Was wir wollen, ist keine neue Unruhe, kein Weltkrieg, kein kriegerisches Abenteuer, unser Ziel ist ein neues friedliches Europa, ein einziges und brüderliches Abendland, in dem Deutschland den ihm gebührenden Platz neben, nicht unter den übrigen Völkern einnimmt.

### Die Grundlage des Aufbaues: Das Vertrauen

Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung hat auch in Bayern in seinem Grundgedanken, dem Appell an die Verantwortungsbereitschaft der Unternehmerschaft, an die privatwirtschaftliche Initiative, vollen Anklang gefunden. Das schließt natürlich nicht aus, daß einzelne Teilgebiete dieses Programms kritisch beurteilt werden. Der Leitsatz auch des Wirtschaftsprogramms ist, Vertrauen zu schaffen, eine Auflockerung des Misstrauens und des jede Unternehmungslust tödenden Pessimismus zu erreichen. Und ich glaube, daß der Anfangserfolg nicht ausgeblieben ist. Wenn nicht nur neue Einstellungen von Arbeitslosen erfolgt sind, sondern vor allem auch Entlassungen in großem Umfang vermieden werden konnten, die sonst um diese Jahreszeit üblicherweise eintreten, so darf man diesen Erfolg sicherlich in erster Linie auf das Konto der physiologischen Auswirkungen des Wirtschaftsprogramms verbuchen. Aber auch in einem anderen Punkte hat die wirtschaftliche Entwicklung der Reichsregierung recht gegeben. Die günstigere Beurteilung der weltwirtschaftlichen Entwicklungsaussichten hat angehalten. So haben sich vor allem die Marktpreise nach den gegenüber einer übersteigerten Anfangsbewegung unermesslichen Rückschlägen wieder behauptet. Auch sonst dauert die erkennbare weltwirtschaftliche Besserung an.

### Die Agrarhilfe

Den Gedanken einer grundsätzlichen Autarkie lehnt die Reichsregierung ab. Deutschland kann nicht auf seine weltwirtschaftlichen Beziehungen verzichten. Es muß jede Arbeitsgelegenheit ausnützen, die ihm der Auslandsmarkt heute noch bietet. Aber diese Anerkennung darf nicht hindern, Notstandsmaßnahmen zum Schutze unserer Landwirtschaft, zur Erhaltung ihrer Lebensfähigkeit zu treffen, wie wir sie im Reichskabinett für unvermeidlich erachtet haben. Es handelt sich vor allem, den Zusammenbruch insbesondere der bäuerlichen Veredelungswirtschaft zu verhindern. Es gibt ein Mittel für die an der Einfuhr nach Deutschland interessierten Staaten, die deutsche Kontingentierungspolitik überflüssig zu machen, nämlich, für einen fühlbaren Abbau des industriellen

Protektionismus in der Welt Sorge zu tragen. Wenn die Welt wieder bereit ist, in größerem Umfang deutsche Industrieerzeugnisse aufzunehmen, dann wird auch die Kaufkraft unserer Arbeiterschaft wieder steigen und die Aufnahmefähigkeit Deutschlands für landwirtschaftliche Erzeugnisse wieder wachsen.

### Sozialpolitik

Eine weitere starke Kritik hat der sozialpolitische Teil des Regierungsprogramms erfahren. Wir verteilen keine „Miltardengeschenke an die Unternehmer“, sondern wir haben nur das eine Ziel: möglichst viele Millionen von Arbeitslosen wieder Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen. Alles, was den Unternehmungsgeist im Lande stärkt, zur Geschäftsbelebung und zur Erhöhung der wirtschaftlichen Umsätze führt, ist Sozialpolitik im bestem und fruchtbarsten Sinne des Wortes. Von „Schemen“ kann niemand satt werden. Mit wirtschaftlichen Planungsmaßnahmen, die irgendwann in ferner Zukunft sich verwirklichen lassen werden, wird kein Arbeitsloser von der Straße geschafft.

Für den Winter hoffen wir, in der Arbeitslosenhilfe die Unterstützungslage erhöhen zu können. Über das hier mögliche Ausmaß wird zur Zeit beraten. In der Krankenversicherung sollen Bindungen, welche die frühere Reichsregierung den Versicherungsträgern bei den freiwilligen Mehrleistungen auferlegt hat, gelockert werden. Es ist auch in Aussicht genommen, in der Rentenversicherung an Stelle eines Teiles der früheren abgebauten Leistungen zunächst in beschränktem Umfang freiwillige Mehrleistungen zuzulassen, soweit das mit den Mitteln und Kräften der Versicherungsträger vereinbar ist. Die Reichsregierung prüft ferner, ob für die Kriegsschädigten und ihre Hinterbliebenen die Gewährung von freiwilligen Mehrleistungen erleichtert werden kann. Wo die wirtschaftliche und soziale Entwicklung so rasch wechselt, kann die Sozialpolitik nicht für sich allein eine einsame Insel bilden. Gerade indem der Marxismus die Wirtschaft planmäßig durch antragbare Lasten zerrüttet hat, ist er der Hauptschuldige an dem Zusammenbruch der sozialen Einrichtungen geworden. Der Sinn der sozialen Gesetzgebung muß sein, diejenigen Stellen, denen die Sorge für die wirtschaftlich Schwachen obliegt, zunächst in den Stand zu setzen, für sie zu sorgen. An die Stelle des marxistischen Begriffes der staatlich realisierten Fürsorge für jeden Bürger setzen wir den einer wahren christlichen Volksgemeinschaft.

### Gegen Sabotage des Aufbauprogramms

Das schwere Werk, die deutsche Wirtschaft wieder zu einem neuen Aufstieg zu führen, kann nicht ohne das Vertrauen des Volkes gelingen. Die sicherste Grundlage für das Vertrauen ist aber das Bewußtsein der eigenen Leistungsfähigkeit. Die unergänzlichen Kräfte wieder zu beleben und ihnen neue Aufgaben zu weisen, das ist das Ziel der Politik der Reichsregierung. Es ist klar, daß jede Verringerung nur stufenweise erreicht werden kann. Jahre angestrengtester Arbeit und größter Sparsamkeit liegen vor uns. Ist es da nicht ein Verbrechen, wenn aus wahlstatistischen, aus armeligen Partei-rücksichten versucht wird, dieses Aufbauprogramm geistig oder materiell zu sabotieren? Ich bin der Ansicht, daß wir die Meinung des um Arbeit und Brot ringenden Volkes treffen, wenn wir dagegen mit drakonischer Schärfe einschreiten werden.

### Die Verfassungsreform

Mit Recht hat der Vorsitzende noch auf eine Vorbedingung für eine dauernde Gesundung der Wirtschaft hingewiesen, auf den Umbau der Verfassung des Deutschen Reiches. Ohne feste politische Verhältnisse kann Handel und Wandel des Volkes nicht gedeihen. Die Weimarer Verfassung hat in einer Periode von 13 Jahren gezeigt, daß sie solche Verhältnisse nicht schaffen konnte. Alle unsere großen Parteien sind sich in der Erkenntnis der Reformbedürftigkeit der Verfassung einig. Ich stimme auch dem Herrn Staatsrat Schaeffer zu, daß die Periode der Gesetzgebung durch den Artikel 48 einmal abgeschlossen werden muß. Das aber kann nur durch ein neues Verfassungswort geschehen, welches das Verhältnis zwischen

Was wir jetzt in München sehen, ist jedenfalls das Werben des Reichskanzlers um die Zustimmung Bayerns. Niemand wird heute bereits die Frage beantworten wollen, ob dieses Werben von Erfolg gekrönt war. Die Reden und Kommentare von bayerischer Seite sind überaus höflich und freundlich. Und sie können ja auch gar nicht anders sein. Denn der Besuch des Reichskanzlers ist schon als solcher eine Verbeugung vor Bayern; und das, was Herr von Papen in München gestern gesagt hat, war so, daß es von Bayern wie von jedem Föderalisten schlechthin, mit Genußnahme begrüßt werden kann.

Aber nun zum staats- und verfassungsrechtlichen Reim! Zu dem Kreise, der den Männern des Reichskabinetts besonders nahesteht, kursiert schon seit längerer Zeit die staatsrechtliche Doktrin, daß man berechtigt sei, eine Verfassung in einzelnen Punkten zu verletzen oder zu suspendieren, wenn man nur damit den Grundbestand der Verfassung selbst retten könne. Das ist eine sehr verführerische Theorie. Wir möchten glauben, daß sie von der

Reichsregierung Preußen gegenüber angewandt worden ist. Im Rahmen einer Anwendung dieser Theorie bliebe dann die Verfassungswidrigkeit eine sozusagen staatsrechtlich begründete Ausnahme, und im übrigen würde alles versucht werden, um den verfassungsrechtlichen Status wiederherzustellen.

Wie gefährlich eine solche Theorie in ihrer Auswirkung ist, zeigt jedoch der jetzige Prozeß vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig. Und sofort wirft sich die andere Frage auf: Wie ist die Reichsreform, die Herr von Papen vorschwebt, gedacht, wie soll das neue Reich aussehen, und ist dieses Neue überhaupt noch vereinbar mit der Verfassung von Weimar? Wird sich jene Doktrin angesichts der weitgehenden Pläne des Herrn von Papen überhaupt noch zitieren lassen? Oder ist nicht die vom Reichskabinett erstrebte Reichsreform bereits etwas, was in allen seinen grundlegenden Punkten der bisherigen Verfassung widerspricht?

Staat und Volk und zwischen Reichsgewalt und Ländern in klarer Erkenntnis der Notwendigkeit der Zukunft und in Würdigung der historischen Staatspersönlichkeiten neu bestimmt. Wir wollen eine machtvolle und überparteiliche Staatsgewalt schaffen, die nicht als Spielball von den politischen und gesellschaftlichen Kräften hin und her getrieben wird.

An den großen Grundgesetzen, die der Teil II der Weimarer Verfassung enthält, soll man nicht rütteln, aber die Formen des politischen Lebens gilt es zu erneuern und den Bedürfnissen des Volkes anzupassen. Die Reichsregierung muß unabhängiger von den Parteien gestellt werden, ihr Bestand darf nicht Zufallserscheinungen ausgesetzt sein. Die Regierung und nicht das Parlament soll die Staatsgewalt haben. Als Gegengewicht gegen einseitige, von Parteimitgliedern herbeigeführte Beschlüsse des Reichstags bedarf Deutschland einer besonderen Ersten Kammer mit fest abgegrenzten Rechten und starker Beteiligung an der Gesetzgebung. Heute ist das einzige Korrektiv gegen das überhöhte parlamentarische System und gegen das Verhängen des Reichstags die Verordnungs Gewalt des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung. Sobald aber wieder stetige und normale Verhältnisse herrschen, wird auch kein Anlaß mehr sein, den Artikel 48 in der bisherigen Weise anzuwenden. Die Reichsregierung beabsichtigt, die Verfassungsreform in engem Einvernehmen mit den Ländern durchzuführen. Die geschichtlich gewordenen deutschen Staatsgebilde sollen nicht vergewaltigt werden.

### Reich und Länder

Die Reichsregierung lehnt jede Maßnahme ab, die unmittelbar oder mittelbar eine Verschlagung Preußens bedeutet. Eine Aufgabe der Ost-West-Kammer können nicht die Grundlage einer Reichsreform bilden. Die Erhaltung Preußens dürfte auch von den anderen Ländern als Sicherung gegen eine Mediatisierung der außerpreussischen Länder betrachtet werden. Das Schwergewicht der Reform muß in der Beseitigung des allgemeinen, auch von bayerischer Seite beklagten Dualismus zwischen Reich und Preußen liegen. Dies Ziel wird durch die Zusammenfügung der wichtigsten Organe des Reiches und Preußens erreicht werden.

Im Zusammenhang mit der Herstellung einer organischen Verbindung zwischen dem Reich und Preußen wird es durchaus möglich sein, den übrigen Ländern die gerade von bayerischer Seite erprobte Verfassungsautonomie zu gewähren. Auch die durch Artikel 18 der Weimarer Verfassung beseitigte Gebietsautonomie für die lebensfähigen und lebenswilligen Länder kann wieder hergestellt werden. Vor allem wäre es denkbar, den Ländern auch freie Hand in der Gestaltung des Gemeindefinanzrechts zu geben und für den Ausbau des Landeswahlrechts den Wünschen der Länder Rechnung zu tragen.

Die Reichsregierung wird den Verfassungsentwurf so fertigstellen, daß der neue Reichstag ihn bei seinem Zusammentritt vorfindet. Möge er beweisen, daß er dieser großen Aufgabe gewachsen ist! Lebensfähig sind nur diejenigen Einrichtungen, welche aufbauende Arbeit schaffen können. Die Väter der Weimarer Verfassung haben selbst die Erkenntnis besessen, daß sie das Schicksal des deutschen Volkes nicht allein in die Hände des Reichstags legen konnten. Sie haben in der Institution des Reichspräsidenten eine zugleich demokratische und autoritative Gewalt geschaffen, die einzige, die sich heute auf eine Mehrheit des Volkes stützen kann. Mit dem Eid, den der Reichspräsident geschworen hat, ruht die Verfassung als Schicksal des Volkes in seiner Hand.

### Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten

Der 13. August sollte der Synthese aller wahrhaft nationalen Kräfte dienen, welche die Reichsregierung seit Beginn ihrer Tätigkeit proklamiert, gefordert, erhofft hatte. Das Angebot des 13. August gab der NSDAP einen Anteil an der Macht im Reich und Preußen, der ihr entscheidenden Einfluß gesichert hätte. Herr Hitler hat dieses Angebot nicht angenommen, weil er glaubte, als Führer einer Bewegung, die sich auf 230 parlamentarische Mandate stützt, den Kanzlerposten beanspruchen zu müssen. Er hat diesen Anspruch erhoben aus dem Prinzip der „Totalität“ der „Ausschließlichkeit“ heraus, dem seine Partei halbt. Es sind ausschließlich prinzipielle Gründe gewesen, die das Urteil des Reichspräsidenten geformt haben. Der Grundsatz der NSDAP, der „Ausschließlichkeit“ des politischen „alles oder nichts“, ihr mythischer Messiasglaube an den wortgewaltigen Führer als den einzigen zur Leitung der Geschichte berufenen, gibt ihr den Charakter einer politischen Konfession. Und eben darin liegt die unüberbrückbare Kluft zwischen einer konservativen Politik aus dem Glauben und einem nationalsozialistischen Glauben aus Politik. Wir scheitern, daß Namen und Personen heute, wo es um Deutschlands endgültiges Schicksal geht, völlig gleichgültig sind. Handelt eine Partei nach tatsächlichen Gesichtspunkten, nach Gesichtspunkten der parlamentarischen Demokratie, der Massenwerbung mit demagogischer Verheißung — dann ist sie keine Bewegung mehr, dann ist sie politische Partei geworden.

Und an Parteien ist das Reich doch wahrlich fast zugrunde gegangen. Man kann eben nicht auf der einen Seite Massen und Majoritäten mißbeiligt berachten, wie es Herr Hitler tut, und auf der anderen Seite sich der Parlamentärsdemokratie so unterwerfen, daß man mit dem Bolschewismus Resolutionsen gegen eine nationale Regierung beschließt.

Im Interesse des Volksganges lehnen wir den Machtanspruch von Parteien ab, die ihre Anhänger sich mit Leib und Seele verschreiben wollen und die sich als Partei der Bewegung an die Spitze der deutschen Nation setzen wollen. Wenn jemals eine nationale Bewegung die Pflicht gehabt hat, dann ist es die, dem Reiche bei seinem Kampfe um die Vertilgung der Ehre der Nation nicht in den Rücken zu fallen. Wer sich in diesem Kampfe nicht eindeutig und geschlossen hinter die Regierung stellt, ist ein Feind des deutschen Volkes. Das deutsche Volk weiß besser darüber zu urteilen, was die Ehre und Würde der deutschen Nation verlangt, als ein Teil seiner Abgeordneten. Er wird — dessen bin ich sicher — die leeren Deklamationen einer Parteibürokratie mit der Mißachtung behandeln, die ihnen gebührt.

### Die Reichsregierung ist entschlossen

Nichts kann das Vertrauen in den Aufstieg der Nation mehr hindern, als die Instabilität der politischen Verhältnisse, als Regierungen, die nur Treibholz sind auf den Wellen der Partei und unabhängig von jeder Strömung. Die Reichsregierung ist entschlossen, den ihr vom Reichspräsidenten erteilten Auftrag der Neuordnung unseres Staats- und Wirtschaftslebens bis zum Erfolge durchzuführen. Sie hat dazu den Willen und die Macht und ich zweifle nicht, daß der Erfolg ihr heute schon fühlbar das Vertrauen der breiten Massen des Volkes gewinnen wird. Das Volk — Reich und Länder — sie müssen das neue Deutschland bauen. So möge von den Alpen bis zur Memel der unsichtbare Kraftstrom des „sacrum imperium“, der unzerstörbaren Idee des Heiligen Deutschen Reiches durch die Länder eilen! Mit Hindenburg für ein neues Deutschland!

Die sozialdemokratische „Königsberger Volkszeitung“ ist vom 12. bis 15. Oktober verboten worden.

## Aus dem Leipziger Prozeß

### Die Regierung Papen und Hitler

In der fortgesetzten Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich in Leipzig gab im Auftrage der Reichsregierung Ministerialdirektor Dr. Gottheiner mit ausdrücklicher Zustimmung des Reichskanzlers folgende Erklärung ab: „Eine Vereinbarung des Reichskanzlers mit Hitler über ein Vorgehen gegen Preußen ist nicht getroffen. Verhandlungen darüber haben zwischen ihnen nicht stattgefunden. Auch die Aufhebung des Uniformverbots, die Wiedergewährung der SA-Truppen und die Wiedergewährung politischer Freiheiten waren nicht Gegenstand von Vereinbarungen zwischen dem Reichskanzler und Hitler, gehörten vielmehr von vornherein zum Programm der Reichsregierung, die von sich aus entschlossen war, aus Gründen der Gerechtigkeit Ausnahmebestimmungen gegen die Nationalsozialisten aufzuheben.“

Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke betonte im weiteren Verlauf, es sei kein Zweifel, daß Besprechungen zwischen Nationalsozialisten mit der neuen Reichsregierung nachstehenden Persönlichkeiten damals stattgefunden hätten, und daß sich daran gewisse Erwartungen der Nationalsozialisten geknüpft hätten.

Prof. Keller wendet sich gegen das Dementi des Ministerialdirektors Gottheiner, wonach die Reichsregierung keine Verhandlungen mit Nationalsozialisten über das Vorgehen gegen Preußen gepflogen habe. In dieser Form werde auch die Behauptung gar nicht aufgestellt, nicht die Reichsregierung in corpore, wohl aber einzelne Reichsminister hätten entsprechende Verhandlungen mit Verabredungen geführt.

Damit ist die Erörterung der tatsächlichen Vorgänge vor dem 20. und am 20. Juli beendet.

### Die Verordnung vom 20. Juli

Ministerialdirektor Dr. Badi erklärte, daß die Beseitigung der preussischen Regierung nur der Schlüssel eines Plans sei, der seit 10 Jahren in Kreisen des Reichswirtschaftsministeriums besprochen worden sei und der auch Lieblingsplan des Generals v. Schleicher war, nämlich den Dualismus Reich-Preußen mit Hilfe des Art. 48 zu beseitigen.

Der Vertreter der Reichsregierung, Ministerialdirektor Gottheiner, erklärte dazu u. a., daß die Reichsregierung sich in freier und verantwortungsbewusster Entscheidung zu dem entschlossen hat, was am 20. Juli geschehen sei. Die Entwicklung ging dahin, weil wir uns tatsächlich in einer Bürgerkriegslage und in einer Konfliktlage befunden haben. Der Entschluß der Reichsregierung wurde bekräftigt, als Minister Sebering in den Tennisbahnen in Berlin ausrief: „Jagen wir die Reichsregierung davon!“ Insbesondere waren aber für die Entscheidung der Reichsregierung die unglücklichen Ereignisse in Altona am 17. Juli maßgebend.

Es beginnt dann

### Die rechtliche Erörterung

mit einer allgemeinen Aussprache über die Probleme, die sich aus dem Artikel 48 der Reichsverfassung in Verbindung mit der bundesstaatlichen Gliederung des Deutschen Reiches ergeben.

Staatsrat Jan, der Vertreter Bayerns, erklärt u. a.: Bayern hat sich der preussischen Lage angeschlossen, weil es wünscht, daß die Fragen, über die die bayerische Regierung mit der Reichsregierung im Zusammenhang mit dem Vorgehen gegen Preußen nicht übereinkommen konnte, von dem berufenen Organ, dem Staatsgerichtshof, geklärt werden. Nach seiner Auffassung sei eine Reichskommissariatsregierung keine Landesregierung. In einem Lande könne nur eine Landesregierung existieren, nicht aber eine Reichskommissariatsregierung. Dementsprechend könnten auch die Länder im Reichsrat nur durch Vertreter ihrer Landesregierungen und nicht durch Vertreter von Reichskommissaren vertreten werden.

Für die badische Regierung schloß sich Ministerialdirektor Dr. Badi im wesentlichen den Ausführungen des bayerischen Vertreters über die Eigenstaatlichkeit der Länder an, die erhalten werden müsse.

Der juristische Vertreter der bayerischen Regierung, Prof. Krawinkel, München, behandelte sodann eingehend die Rechte und Pflichten des Reiches und die Rechte und Pflichten der Länder.

Es wird dann die Frage untersucht, welche Voraussetzungen gegeben sein müßten, wenn das Reich den Art. 48 Abs. 1 der Reichsverfassung anwenden, d. h. die Reichsregierung gegen ein Land durchzuführen wolle. Dazu äußert sich zuerst als Mitglied der preussischen Delegation der bekannte Verfassungskommentator

### Prof. Anschütz (Heidelberg):

Er sagt u. a., die Weimarer Verfassung ist nicht so auszulegen, wie die jeweilige politische Lage es erfordere, sondern wie sie gemeint ist. Zu Art. 48 Abs. 1 betont Anschütz, Voraussetzung einer Reichsaktion sei, daß das betreffende Land seine Pflicht gegenüber dem Reich bzw. den Reichsgesetzen verletzt habe. Die bloße Tatsache der Heterogenität der inneren Politik eines Landes zu der des Reiches, könne niemals den Tatbestand der Pflichtverletzung erfüllen.

Professor Anschütz betonte: Wir sind nun einmal Bundesstaat und haben damit das Selbstbestimmungsrecht der Länder. Das ist von der Reichsverfassung stillschweigend gewollt. Wenn ich auch mit Prof. Bilsinger einig bin, daß der Länderparlamentarismus häufig zu Mißbräuchen geführt hat, so will doch die Reichsverfassung nicht nur den Bundesstaat, sondern die parlamentarische Demokratie. Damit muß sie auch gewisse Schattenseiten dieser Institution dulden. Wenn die Schattenseiten aktuell werden, darf man nicht sagen, daß das eine Widerrechtlichkeit sei, die die Reichsaktion erfordert.

Anschütz untersuchte dann die Frage, ob die Feststellung einer Pflichtverletzung eines Landes nicht eine Ermessensfrage des Reichspräsidenten sei, die der Nachprüfung durch den Staatsgerichtshof entzogen werde. Sollte diese Frage aufstehen, dann erklärte er: Der Staatsgerichtshof kann und darf der Entscheidung und Verantwortung über die konkrete Frage, ob im vorliegenden Falle das Land Preußen sich einer Verletzung der ihm nach der Reichsverfassung obliegenden Pflichten habe zu schulden kommen lassen, nicht ausweichen.

Dann erklärte er, aus dem Wesen des Rechtsinstrumentes der Reichsaktion ergibt sich jedenfalls als notwendig, daß in irgendeiner Form unter Verletzung einer, wenn auch noch so kurzen Erklärungsfrist, dem betreffenden Lande die Mitteilung gemacht wird, daß die Reichsregierung gegen die Landesregierung einschreiten solle und daß das Land Gelegenheit erhalte, zu erklären, ob die behaupteten Verletzungen richtig seien.

Die Exekution sei eine Zwangsvollstreckung und Zwangsvollstreckungen erforderten den vollstreckbaren Titel. Der könnte aber nur darin liegen, daß irgendwie festgestellt wird: Hier liegt eine Pflichtverletzung vor und das betreffende Land weigert sich, den Zuständen abzugeben. In der Tatsache, daß gegen Preußen ohne vorherige Mitteilung vorgegangen sei, liege ein so erheblicher Verfahrensfehler, daß daraus der

Gerichtshof zur Zurückweisung der Verordnung kommen müßte.

Prof. Dr. Carl Schmitt verbreitete sich in seiner Erörterung auf die Ausführungen Anschütz über den Begriff „Exekution“. Exekution und Ausnahmezustand könnten kaum unterschieden werden.

Prof. Keller setzte die Voraussetzungen für eine Exekution auseinander. Die erste Voraussetzung sei, daß die berufenen vertretungsberechtigten Organe des Landes eine Pflicht gegenüber dem Reiche verletzt haben. Das Reich habe sich an die zuständigen Zentralbehörden des Landes zu wenden, und erst, wenn diese keine Abhilfe schaffen oder sich weigerten, wäre die Möglichkeit zu einer Exekution gegeben.

Der bayerische Vertreter, Staatsrat v. Jan, bezeichnet es vom bundesstaatlichen Gesichtspunkt aus betrachtet als notwendig, daß vor einer Exekution sogar der Staatsgerichtshof angerufen werden müsse.

In der heutigen Sitzung, am Mittwoch, werden die Vertreter des Reiches nochmals das Wort zu diesen Fragen nehmen.

## Deutschland und die Abrüstung

### Der Reichsaußenminister geht nicht nach Genf

WZ. Genf, 12. Okt. (Tel.) Reichsaußenminister Freiherr von Neurath hat dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz auf die Frage, ob er in der nächsten Zeit nach Genf kommen werde, in verbindlichen Worten geantwortet, daß die Reichsregierung inzwischen eine Einladung der englischen Regierung zu einer Besprechung nach London erhalten und offiziell angenommen habe. Unter diesen Umständen sei es dem Reichsaußenminister nicht möglich, anderweitig zu disponieren.

### Ruhestörungen in Altona

#### 37 Nationalsozialisten festgenommen

WZ. Altona, 12. Okt. (Tel.) Im Stadtteil Ottensen kam es gestern abend zu Ruhestörungen. Die einschreitenden Polizeibeamten wurden mit Steinen beworfen. Als aus der Menge ein Schuß fiel, zogen die Beamten gleichfalls die Waffe, worauf die Angriffe eingestellt wurden. Die Ruhestörungen waren laut Polizeibericht Nationalsozialisten, größtenteils uniformierte SA-Beute. Die Durchsuchung nach Waffen blieb ergebnislos. Es erfolgten 37 Verhaftungen.

### Der Auswärtige Ausschuss

#### gegen die Reichsregierung

#### Vorwurf des Verfassungsbruchs

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags hat in seiner Sitzung am Dienstag, zu der wie gemeldet von der Regierung niemand erschienen war, den Antrag Dr. Fried (NS.), Dr. Bell (Genr.) und Graf Quadt (WZ.) angenommen, in dem es heißt, daß das verfassungswidrige Verhalten der Reichsregierung besonders dadurch gekennzeichnet werde, daß sie sich einerseits mit starker Betonung berufe auf die Reichsverfassung, um daraus die uneingeschränkte Ausübung aller verfassungsmäßigen Rechte einer vollberechtigten Regierung für sich heranzuleiten, daß sie andererseits aber ihren verfassungsmäßigen Pflichten gegenüber der Volkvertretung sich entziehe. Die Reichsregierung habe sich durch ihre erneute grundlose Weigerung, vor dem Auswärtigen Ausschuss zu erscheinen, eine wiederholte Verfassungsrechtsverletzung schuldig gemacht. Die Weigerung bedeute auch eine schwere Schädigung der außenpolitischen Stellung des Reiches, da sie damit vor aller Welt beweise, daß sie nicht den Mut finde, für ihre von schweren Mißerfolgen in Lausanne und Genf begleitete Außenpolitik einzustehen, und eine Unterstützung im Volk und in der Volkvertretung zu suchen. Ihre außenpolitischen Aktionen entbehren deshalb von vornherein des nötigen Gewichtes. Das Wohl der Nation verlange gebieterisch die alsbaldige Beendigung dieses verwerflichen und verfassungswidrigen Zustandes.

Für diesen Antrag stimmten außer den Antragstellern auch die Sozialdemokraten, die dazu erklärten, es sei eine eigenartige Feier des Garaburjer Tages, daß die Sozialdemokraten in die Lage versetzt würden, einem von den Nationalsozialisten gegen eine sogenannte nationale Regierung eingebrachten Antrag zuzustimmen. Die Kommunisten erklärten, daß sie sich an der Abstimmung nicht beteiligen würden.

Ein Phantasieprodukt. Die Reichsregierung stellt zu den im „Vorwärts“ veröffentlichten Gerüchten über eine angebliche Einsetzung des früheren Kronprinzen zum Reichsverweser und die daran geknüpften Kombinationen fest, daß es sich hierbei um ein Phantasieprodukt handelt.

Der Reichskanzler und das deutsche Handwerk. Reichskanzler von Papen beabsichtigt, dem Vernehmen nach, sich auf der am 24. Oktober in Berlin stattfindenden Obermeistertagung des Berliner und märkischen Handwerks über die Stellung der Regierung zu den Fragen des Handwerks zu äußern. Wie verlautet, soll die Kanzlerrede auf alle deutschen Sender übertragen werden.

## Badischer Teil

### Zum Kanzlerbesuch in Süddeutschland

Das Stuttgarter „Deutsche Volksblatt“ glaubt zu wissen, daß Reichskanzler von Papen Mitte November der württembergischen und badischen Regierung einen offiziellen Besuch abstatten wird.

### Die Pachtzinsen der Domänengüter

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: \*\* Den Pächtern der domäneneigenen Parzellengüter wird für die auf Martini 1932 verfallenden Pachtzinsen ein einmaliger Nachschuß gewährt, wenn die Pachtzinsen bis spätestens 28. Februar 1933 bezahlt werden und nicht bereits eine Ermäßigung bewilligt worden ist. Der Nachschuß beträgt 10 v. H., wenn der Pachtzins spätestens am 31. Dez. 1932, 8 v. H., wenn der Pachtzins spätestens am 31. Jan. 1933, und 5 v. H., wenn der Pachtzins spätestens am 28. Febr. 1933 bei der Kasse eingeht.

Ferner wird den Pächtern der domäneneigenen Parzellengüter und außerdem den Käufern von Heugras, Dymdgras und von Getreide ein Parzellensatz von 2 v. H. gewährt, wenn die Schuldbelastungen bis längstens 15. November bezahlt werden.

Die Pächter von Parzellengütern, die ihre Pachtzinsen bis zum 15. November bezahlen, erhalten also eine Ermäßigung von insgesamt 12 v. H.

\*Der Karlsruhe „Volksfreund“

hat es für klug gehalten, uns in seiner Nummer vom 8. Oktober wegen eines Artikels anzugreifen, in welchem wir uns mit den „Rechtsparteien im Wahlkampf“ beschäftigten.

Da die Tatsache, daß die Sozialdemokratie im Reich und in Preußen keinen Einfluß mehr auf die Regierung hat, ebensowenig zu bestreiten ist, wie die andere, daß Herr Löbe im „Vorwärts“ den Nationalsozialisten ein Bündnisangebot machte, kann es nur verwunderlich und überflüssig sein, die den „Volksfreund“ zu jenem Angriff auf uns veranlaßt zu haben.

Aus der badischen Industrie

Neueinstellungen in der Naboindustrie. Durch den gegenwärtig guten Geschäftsgang in der Naboindustrie hat der Arbeitsmarkt des Bezirks Willingen eine kleine Entlastung erfahren.

In der Zigarrenindustrie in Kronau bei Bruchsal ist eine Belegung zu verzeichnen. Die Firma Sternheimer, Mannheim, die seit ein ganzes Jahr lang ihr Geschäft hier stillgelegt hatte, läßt wieder voll arbeiten.

Betriebsneueinstellung. Die Ziegelwerke Altküßheim b. Schweigen haben vor einigen Tagen ihren Betrieb geschlossen.

Daubmann ein Schwindler

Er ist ein Schneider namens Karl Ignaz Hummel und war noch nie in Afrika

Der Fall Daubmann hat nun seine Aufklärung gefunden. Der angebliche Kriegsgefangene Daubmann ist in Wirklichkeit ein bereits vorbestrafter Schneider namens Ignaz Hummel, der bis zum Mai 1932 (!) in Offenburg ein Geschäft betrieb, dann, als dieses nicht mehr ging, mit dem Fahrrad eine Italienreise unternahm.

Daubmann hat nun alles gestanden und dabei erklärt, daß er die Absicht hatte, nach seiner Rückreise nach Deutschland unbemerkt zu verschwinden. Diese Darstellung hat manches für sich.

In einer Pressebesprechung am heutigen Vormittag machte Regierungsrat Ramsberger dem Landespolizeiamt in Gegenwart des Generalstaatsanwalts Dr. Hafner Mitteilungen über die Entlarbung des Schwindlers „Daubmann“.

Während verschiedene Anzeichen sprachen dafür, daß nicht alles stimmte, ergaben sich u. a. auch geographische Fehler. Zur Verlaufe der Zeit meldeten sich immer mehr Leute, die den angeblichen Daubmann in der Fremdenlegion bzw. in Afrika gesehen haben wollten.

Auf Grund von Fingertabdrücken ist es dann am Dienstag gelungen, festzustellen, daß es sich nicht um Daubmann, sondern um den Schneider Karl Ignaz Hummel handelt.

Regierungsrat Ramsberger schloß dann die Festnahme Hummels, der schon mehrfach in Gefängnissen gewesen ist und sich dort gut auskennt, in einer Freiburgiger Wirtschaft. Herr

Ramsberger fuhr dazu mit dem Polizeirat Niedinger ins badische Oberland. Regierungsrat Ramsberger sagte „Daubmann“ auf den Kopf zu: „Guten Tag, Herr Hummel!“ Hummel leugnete hartnäckig.

Es ergab sich weiterhin, daß Hummel sogar in Offenburg verheiratet und schon seit längerer Zeit von seiner Frau weg war. Er lebte in der Angst, seine Frau würde ihn unter Umständen erkennen.

Hummel erklärte, er hätte ursprünglich die Absicht gehabt, sobald er in Deutschland wäre, unbemerkt zu verschwinden. Als er aber erlebte, wie feierlich er empfangen, von einem zum anderen Empfang geschleppt und wie er von Zeitungsreportern überlaufen wurde, habe er sich anders besonnen.

Seine Kenntnis von Afrika hatte Hummel, wie er angibt, aus Büchern und Ansichtskarten. Es ist natürlich auch trotz des Geständnisses möglich, daß Hummel die ganze Geschichte von langer Hand vorbereitet hat.

Gemeinderundschau

Bürgerausschuß Karlsruhe

Der Karlsruher Bürgerausschuß trat am gestrigen Dienstmittag nach langer Pause wieder zusammen, um eine Reihe von Vorlagen zu erledigen, die freilich im Vergleich zur Frage des Voranschlags (die befänglich durch Zwangssetzung gelöst werden mußte) von verhältnismäßig geringer Bedeutung waren.

Eine Änderung der städtischen Angestelltenbesetzung, vom ersten Bürgermeister Sauer begründet, hat die Überführung der Berufsfeuerwehre zum Beamtenverhältnis in den Angestelltenstand zum Gegenstand, nachdem vom Staat der Abbau des aufgeschätzten Beamtenapparats gefordert worden sei.

Die neue Bestimmungen könne der Feuerwehrrat eine Abfindungssumme bestimmen oder sich auch nach Ablauf einer 12jährigen Dienstzeit für eine Veretzung in ein anderes städtisches Amt entscheiden. Das bedeute für die aus dem Handwerkerstand meist stammenden Leute eine Erleichterung.

Die Jahre bei der Berufsfeuerwehr werden dann angerechnet. In der anschließenden Aussprache, in der Redner aller Parteien das Wort ergriffen und besonders ausführlich Stadtverordneter Koch als Organisationsvertreter die Zurückziehung der Vorlage verlangte, wobei er auch den Branddirektor Wilde angriff, wurde auch der Konflikt der Stadt mit der freiwilligen Feuerwehr in Karlsruhe behandelt.

Die Erweiterung des Operationsgebäudes, der chirurgischen Abteilung, die 153 000 RM. kostet, wurden genehmigt. Dabei gab Bürgermeister Sauer Aufschluß über die Gehaltsverhältnisse der Chirurgen, denen man die Privatpraxis nicht verbieten könne.

Nach Erledigung weiterer kleinerer Vorlagen kam eine von den Nationalsozialisten eingebrachte Entschließung zur Maxauer Brückenfrage zur einmütigen Annahme. Sie lautet: „Zeitungsberichte zufolge ziehen sich die Verhandlungen über den Neubau der Maxauer Brücke immer mehr in die Länge, so daß mit einem baldigen Baubeginn nicht mehr zu rechnen ist.“

Gegen die Aufhebung des Finanzamts Durlach fand eine große Protestkundgebung statt. Bürgermeister Herrmann erklärte, er habe nicht nur die Aufhebung als Schädigung der Stadt Durlach abgelehnt, sondern gleichzeitig einen praktischen Gegenvorschlag gemacht.

Gegen die Aufhebung des Finanzamts Durlach fand eine große Protestkundgebung statt. Bürgermeister Herrmann erklärte, er habe nicht nur die Aufhebung als Schädigung der Stadt Durlach abgelehnt, sondern gleichzeitig einen praktischen Gegenvorschlag gemacht.

berung der Zahl der Finanzamtsbezirke für unumgänglich notwendig halten, so wäre der gegebene Weg doch der, die Finanzämter Durlach und Ettlingen, welche mittlerer Größe sind, bestehen zu lassen, dafür das zu den kleinsten und unrentabelsten badischen Finanzämtern gehörende Finanzamt Karlsruhe-Land aufzuheben.

Aus der Landeshauptstadt

Das Karlsruher Schwurgericht verurteilte am Dienstag in nichtöffentlicher Sitzung den erheblich vorbestraften 41 Jahre alten Installateur Richard Wilhelm Neubauer aus Pforzheim und den ebenfalls mit Zuchthaus vorbestraften 54 Jahre alten verheirateten Friseur Ernst Kohnmann aus Königshausen wegen gewerbsmäßiger Abtreibung zu je 10 Monaten, die Ehefrau Neubauer zu drei Monaten und den 33 Jahre alten Stahlgraveur Otto Oskar Luz aus Pforzheim zu sechs Monaten Gefängnis.

Der Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Mittwochmorgen: Das Wetter ist bisher unbeständig geblieben, doch besteht jetzt Aussicht auf Besserung, da ein Zwischenhoch sich auf das Festland verlagert wird.

Kurze Nachrichten aus Baden

ib. Mannheim, 11. Okt. Dr. Gugelmeier, der eine Berufung für den Posten des zweiten Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes in Berlin erhalten hat, hat sich bis jetzt noch nicht entschieden, ob er die Berufung nach Berlin annehmen wird.

Freiburg i. Br., 11. Okt. Einer der bekanntesten Geistlichen der Erzdiözese Freiburg, Prälat Schanzbach, feiert morgen in ungewöhnlich geistiger Frische und körperlicher Gesundheit seinen 80. Geburtstag.

Freiburg i. Br., 11. Okt. Hier trafen sich die schwäbisch-alemannischen Karrenzüfte zur üblichen Generalversammlung. Von 32 Zünften waren 22 anwesend. Mit überwiegender Mehrheit wurde beschlossen, das bereits dreimal verschobene große Karrentreffen am 5. Februar 1933 in Stodach abzuhalten.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

Table with columns for location (Amsterdam, Kopenhagen, etc.), date (12 October, 11 October), and exchange rates.

Vom Schiffsverkehr auf dem Neckar. Infolge Ausbleibens starker Niederschläge war, wie aus Heilbronn berichtet wird, der Neckarwasserstand den ganzen Monat über sehr schlecht, die Schifffahrt konnte jedoch ohne irgendwelche Störungen durchgeführt werden.

Die Dänische Nationalbank hat den Diskont ab 12. Oktober von 4 auf 3 1/2 Prozent ermäßigt.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Hubert Warth, Bäcker und Konditor in Tiengen, rettete am 19. August 1932 im Rhein bei Waldshut die Alice Hug von Tiengen vom Tode des Ertrinkens. Ich spreche dem Genannten für das bei diesem Rettungswert bewiesene entschlossene und mutige Verhalten die öffentliche Anerkennung aus.

Badisches Landestheater

Donnerstag, 13. Okt. 1932. D 5 (Donnerstagmiete) Th. Gem. 1101-1200. Große Szene Komödie von Arthur Schnitzler. Regie: Paumbach. Mitwirkende: Ervig, Jank, Ernst, Kloebe, Schneider, v. d. Trend, Ehret, Mateo.

Der grüne Katadu

Groteske

von Arthur Schnitzler

Regie: Paumbach

Mitwirkende:

Pectram, Ermath, Ervig, Mademacher, Sellma, Brand, Dahlen, Ernst, Gemmecke, Herz, Gierl, Göder, Kienjcher, Kühne, Rehmer, P. Müller, Präter, Schulze, v. d. Trend, Geh, Kuhn, S. Müller

Anfang 20 Ende nach 22

Preise A 0,50-3,30 RM

Fr. 14.10. Schneider-Wibbel.

So. 15. 10. Reiferprüfung.

So. 16. 10. Margaretenfest.

Richard Strauß. Abends.

Zum erstenmal: Die aeghptische Helena. Im Konzerthaus: Zum erstenmal: Liebling abien.

# Badische Kultur und Geschichte

Nr. 41

Beilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger) Nr. 239

12. Oktober 1932

## Eine fröhliche Weinreise durchs badische Land

Von W. Sigmund, Heidelberg

Hier im ird'schen Jammertal  
Wär' doch nichts als Plag und Qual,  
Trüg der Stok nicht Trauben.

Fast scheint es, als hätten die Einwohner des badischen Heimatlandes dieses Wort aus dem „Freischütz“ schon lange vorher gekannt, weil vom See bis zum Main der Weinstock in so reichem Maße angebaut wird. Zwar bringen nicht alle Gegenden den Wein in gleicher Güte hervor; aber es ist halt doch Wein, und wenn er nur als Gastrunk Verwendung findet. So suchen gewisse Weinorte dem Seewein eines anzuhängen, wahrscheinlich, weil unser lieber alemannischer Dichter Hebel einst sagte:

Am Bodensee, da wächst en Wi,  
Der könnt a bißli süeßer si!

Jene Zeiten sind längst überholt, und wer's nicht glaubt, lasse sich einmal von einem eingeweiheten Meersburger die Quellen zeigen, in denen der Seewein verzapft wird, und er wird anders von dem Wein am Bodensee denken. Bauen sie doch dort im Jahr 1929 an Weißweine 216 Hektar, an Rotwein 128 Hektar, Mischsah 23 Hektar. Fahren wir mit der Bahn am Rhein entlang nach Basel, so sehen wir überall einzelne Rebberge; vom Wasser ab an aber beginnt die Bahn die Weinberge zu durchschneiden. Ist das eine Lust, an den Weindörfern Egingen, Sallingen, Efringen vorbeizufahren, hinein nach Schliengen, Muggen, Bahligen und Müllheim, dem Mittelpunkt des Markgräflerlandes.

3 Mühlen an der Post  
Laufigsappermost!  
Trinkt me nit e guete Wi,  
Soht er nit wie Baumöl i?  
3 Mühlen an der Post!

So läßt sich Hebel vernehmen, der als Markgräfler jenes gute Gewächs kannte. Fügen wir einen andern Vers bei:

D' Markgräfler han mit Recht e Stolz  
Uf d' Frucht von ihrem Rebeholz,  
Doch Ebringer und Bageberger  
Sind auch zwei guete Gliederstärker.

Was hier dem Klima an brütender Hitze abgeht, ersetzt der fruchtbare, dem Rebstock zugängliche Boden und die unermüdete Arbeit und Pflege durch den Weinbauer. Freilich zerstören die Naturgewalten in den letzten Tagen manche Hoffnung des Rebbauers; aber er läßt sich nicht unterkriegen und baut seinen Weinberg um so tapferer weiter. Über 2500 Hektar Rebfläche weist das Markgräflerland auf und hat sich mit seinen Edelweinen einen ersten Platz auf den deutschen Weinkarten gesichert. Ihm ganz nahe in der Größe der Weinbaufläche kommt der Kaiserstuhl. Von seinen Weinen lesen wir:

Feuersglut vom Lavastein,  
Goldesglanz vom Sonnenschein,  
Blumiger Duft von Reben sein,  
Liegt im Kaiserstühler Wein.

Wer kennt nicht die vollen, kräftigen Weine von Achkarren und Widensohl, die feinen Edelgewächse vom

Ebringer Johrenberg oder Winklerberg? Einen nicht weniger guten Klang haben die Erzeugnisse von Endingen, Königshausen, Riedlingsbergen, Leiselheim, Sasbach, Zechingen, Burkheim, Oberrotweil u. a. m. Wie eine grüne Rebeninsel hebt sich der Kaiserstuhl als vulkanisches Gebilde inmitten der Rheinebene empor, und das Feuer des alten Vulkans steckt noch heute im Wein. Ein alter Spruch sagt:

Der Kaiserstuhl hätt bester Wi,  
Nicht früher au ganz fuerig gi.

Schon lange wartet der Breisgau auf sein Lob, vom Dorrettoberg bei Freiburg bis zur Ortenau am Kinzigtal weiß das Gebiet sehr unterschiedliche Bodenverhältnisse auf: Jurakalk, Löss, Gneis, Granit und Buntsandstein. Im Glottertal ziehen sich Nordwinde abhaltenden Staudels; hinan am Fuß des die Nordwinde abhaltenden Staudels; ein fast italienisches Klima ist diesem abgegrenzten stillen Tale eigen, und dieser Glottertaler Wein hat etwas von dem feurigen Südwein. Die Freiburger Studenten wissen davon zu erzählen; sie kennen den Spruch:

Der Glottertaler ist gar stark und süeß,  
Macht helle Köpfe, doch schwere Füeß.

In der nächsten Nähe von Freiburg sind als beste Rebanlagen zu nennen der Freiburger Schloßberg; der Hedlinger Schloßberger, die Weine von Kenzingen, Schmieheim, Rippenheim, Ettenheim, Ringsheim, Buchholz, Heimbach, Herbolzheim und Suggertal sind angenehme leichte Weine. Auch Ebringen, Pfaffenweiler, Staufen, Eßbach und St. Georgen, Kirchhofen verhelfen dem Breisgau zu seinem Lob.

Beim Kinzigtal beginnt die Ortenau ihre Weine zu rühmen. Längs des Fußes der Schwarzwaldberge ziehen sich da die Weinorte hin. Sie sind gar nicht alle zu nennen. Als besonders feiner Rotwein ist der Affentaler bekannt, von dem Eichrodt sagt:

Nun sagt, wie ist der Wein getauft,  
Der Affentaler Wein? —  
Weil man sich einen Affen kauft  
Um einen Taler sein.

An den südlichen Ragen der Granitverwitterungsböden finden wir würzige, starke und liebliche Weine. Auf den Weinkarten prangen die Namen Durbach, Klingenberg, Tiergarten, Neuweier mit dem Mauerwein, Varnhalt, Zell u. a. m. Im Jahre 1927 erntete die Ortenau 34 000 Hektoliter Wein und wurde darin nur vom Kaiserstuhl mit 50 000 Hektoliter übertroffen.

Von dem Kauf der Murg bis gegen den Kraichgau bleibt der Weinstock hinter der Gewinnung anderer landwirtschaftlicher Erzeugnisse zurück. Erst in Wiesloch und seiner Umgebung treffen wir wieder auf größere Weinberganlagen, ein Verdienst des früheren Apothekers Bronner, dem hier ein Denkmal gesetzt ist: „Dem Andenken des verdienstvollen Forschers und Schriftstellers des Weinbaus und der Rebekunde, Johann Philipp Bronner 1792 bis 1864.“ Gestiftet ist diese Tafel von der Gesellschaft für Geschichte und Literatur der Landwirtschaft Weimar. Bronner war es, der mit dem Markgrafen Wilhelm von Baden in Wort und Tat für den heimatischen Rebbaubetrieb. Den beiden Männern verdankt auch die Bergstraße ihren guten Bestand an Reben. Ist nicht der Rülzschäfer

Rotwein sehr gesucht; der Schriesheimer, Gensbacher, Weinheimer nicht minder?

Bergsträger wächst vom Rhein mit weit,  
Macht voll und fröhlich oft die Leut.

Beinahe hätten wir das Große Faß im Heidelberger Schloß vergessen! In den tiefen Kellern bargen einst die Herren Pfalzgrafen die reichen Mengen Weines aus den pfälzischen Gauen und vom Rheinland. Doch auch die ganzen Abhänge am bekannten Philosophenweg und die Südhänge an anderen Ragen brachten den Rebbauern noch vor 70 Jahren einen guten Tropfen. Bis hinauf an das Schloß trugen einst die Gänge Reben, ebenso die Ebene. Selbst in Mannheim und Sodenheim reifte ebendort die Traube. Ein Gedicht von Frischlin (1575) sagt:

Der Sodenheimer hell und klar,  
Der ja ein edles Tranke war.  
Und Mannheimer, gar lieblich fein  
Zu trinken, doch stark von Geschmack.

Wandern wir durchs Neckartal ins Frankenthal dann machen wir in Neckarzimmern am Fuß der Burg des Götz von Berlichingen Halt. Weit hinauf bis zum Waldestrand erfreuen uns wohlgepflegte Weinberge, und auch Heinsheim baut einen guten Neckarwein.

Die Main- und Taubergegend, im Jahr 1890 noch mit einer Rebfläche von 3063 Hektar vermerkt, baut heute nur noch 305 Hektar, also nur ein Zehntel. Zu Freudenberg, Wertheim, Tauberbischofsheim, Marbach, Lauda und manch anderem Weindorf wächst ein sehr bekömmliches badisches Getränk. Mögen sie auch nicht den hochfeinen Duft anderer badischer Edelweine haben, so gilt doch auch von ihnen der Spruch:

Edle Weine sind auf Erden  
Aber Weisen Hochgenuß;  
Denn sie lassen selig werden,  
Ohne daß man sterben muß.

## Literarische Neuerscheinungen

Der große Brockhaus. Vor uns steht der neue „Große Brockhaus“, dessen 12. Band soeben erschienen ist. („Der Große Brockhaus“, Handbuch des Wissens in 20 Bänden, Band 12 (Mit bis Buch) in 20 Bänden, 23,40 M., bei Umtausch eines alten Exemplars nach den jetzigen Bedingungen 21,15 M.) Wenn immer man von dem „Buch als Persönlichkeit“ sprechen kann — auf ihn trifft's gewiß zu. Er ist nicht mehr der lebenswichtige Klauderer von vor 120 Jahren, der uns nur „Stoff zu einer Konversation“ gibt — und doch ist er gewiß tausendmal bunter, lebendiger, unterhaltender geworden. Und dabei gewissenhaft und zuverlässig. Seine Aufgabe in unserer Zeit? Sie ist weit gespannt, so umfassend, daß uns der „Große Brockhaus“ in der kurzen Zeit seit Erscheinen des ersten Bandes schon unentbehrlich geworden ist. Er soll ja nicht nur das gesamte Wissen unserer Zeit, sorgfältig nach Schlagworten und Unter Schlagworten geordnet, darstellen, sondern er soll darüber hinaus den großen Kreis praktischer Fragen, die täglich an uns gestellt werden, mit allem Verständnis für das, was den Menschen von heute angeht, beleuchten. Um ein Beispiel zu geben: Wir verlangen von ihm nicht nur gewissenhafte Auskunft über Namen und Daten, über den siebenjährigen Krieg etwa, über den Lebenslauf eines Nobelpreisträgers, über eine Stadt oder einen uns unbekanntem Fachausdruck — wir möchten gegebenenfalls auch Ratsschlüsse für unser tägliches Leben haben, etwa bei Krankheitsfällen oder Vergiftungen, oder bei der Berufswahl unserer Kinder, oder in rechtlichen Fragen (Wußt ich ein geplantes Verbrechen zur Anzeige bringen? Wann kann ich einen Richter als befangen ablehnen? Wie beantrage ich die Eintragung einer Hypothek in das Grundbuch?). Ja, eigentlich soll er mir noch mehr sagen können: Wie sollen im Badezimmer die elektrischen Schalter angebracht sein, damit eine Gefährdung des Badenden ausgeschlossen ist? Welches ist das Mindestkapital bei der Gründung einer Aktiengesellschaft? Wie lege ich mir eine Bienezucht an? Wie ist der gefährliche Hauschwamm zu bekämpfen? Wie soll ich meine Ernährungsumgewohnheiten gestalten? Um es vorweg zu nehmen: „Der Große Brockhaus“ ist das Nachschlagewerk, das diesen Anforderungen in hohem Maße gerecht wird. Und noch mehr. Die sehr gute Ausstattung läßt den — übrigens seit Beginn dieses Jahres herabgesetzten — Preis als niedrig erscheinen. Der 12. Band allein enthält 80 Tafelseiten, teilweise prächtig bunt, mit vielen Hunderten von Abbildungen, sowie 20 Kartentafeln, darunter farbige Stadtpläne von Mailand, Rom, Mannheim-Ludwigshafen und Moskau. (Zum Vergleich: in den bisher vorliegenden 12 Bänden haben wir insgesamt 934 Tafelseiten und 482 Kartentafeln zählen können, die — sich allein genommen — schon ein paar starke Bände ergeben würden!). Wie wir selbst zu brennenden Fragen unserer Tage uns Unterstützung aus dem „Großen Brockhaus“ holen können, zeigen Artikel wie Nemelediet und Kinderberufsprage. Die beigefügte Mondkarte kann als die beste augenblicklich vorhandene Karte über unser Nachbargebiet bezeichnet werden. Den Kunstfreunden werden die ausgezeichneten, teilweise bunten Tafelseiten über „Majolika und Fayence“, „Malerei des 19. und 20. Jahrhunderts“ und „Mojait“ gefallen, der völkertunlich Interessierte findet unter „Malaien“, „Menschentaffen“ (71 Abbildungen) oder „Mongolen“ wissenschaftliche Beiträge, die Frau — und nicht nur sie — wird sich unter „Möbel“ oder „Mode“, der Landwirt unter „Milch“ und „Molkerei“, der Freund der Natur unter „Manteltiere“, „Meereskunde“, „Meeresfische“ und „Moose“ Belehrung holen. Kurz, im neuen „Großen Brockhaus“ ist die Welt in ihrer bunten Vielfalt vortrefflich eingefangen, und es ist nicht zu viel gesagt, daß man ihn nicht mehr missen mag, wenn man sich einmal daran gewöhnt hat, sich von ihm das bunte Leben und seine Geheimnisse erklären zu lassen und sich in allen Fragen, die jeder Tag an uns stellt, bei ihm Rat zu holen.

## Freiburger Theaterbrief

Der diesjährige Spielwinter begann mit einer ausgereiften Opernaufführung, die auch die bisher wichtigsten Mitglieder des künstlerischen Personals als wieder verpflichtet besonnen zeigte. Aus einem gewissen Zweifelstand des Genießens kam man bei der eigenartigen Stilmischung der „Ariadne auf Naxos“ von Richard Strauß auch diesmal ebensowenig heraus, wie vor 20 Jahren, als sie mit ihrer bewußten Abkehr vom Pathos des vollbesetzten Orchesters eine aufsehenerregende Sensation war. Wir sind unterdessen empfindlicher geworden und wünschen im 2. Akt trotz seiner Fülle von beredender Schönheit des Klanges erleichternde Kürzungen. Dazu können sich indes die Dirigenten, blind vor der dem Zuhörer drohenden Gefahr der Ermüdung leider nie entschließen. Hier auch Hugo Walzer nicht, der mit seinem prachtvoll spielenden Orchester von den Schätzen dieser kammermusikalisch fein angelegten Partitur allerdings keinen einzigen ungehoben ließ. Ebit Maerker in der Titelpartie war herborragend. In der von Wilhelm Franzen geleiteten Neueinstudierung des „Miguelito“, die unter Arthur Schneiders Regie auch igenisch gut gesehene Neuerungen bringt, alterniert jetzt mit Fritz Neumeier in der Hauptrolle Hans Brandhoff, der den Hofnarren mit interessanten, streng in der musikalischen Linie gehaltenen Zügen in egreisender Nähe rückt. Aufs angenehmste überrascht hat die Akrobatikbefähigung der durch und durch musikalischen, jugendlich reizvollen Maria Bertazzoni als Gilda.

Als erste Neuheit der Spielzeit brachte Freiburg, unmittelbar nach der Dresdener Uraufführung, das nachgelassene Werk Eugen d'Alberts, „Mitter Wu“ heraus. Die musikalischen Werte des Stückes liegen auf der Hand. Ausdrucksvolle zarte Lyrik, die auch exotische Elemente geschickt verwendet, und bis ins äußerste gesteigerte Effekte, die die Herzen überrennen, stehen auf der Grundlage einer ihrer Wirkung sicheren musikalischen Technik, die dem Komponisten auch bei seinem populärsten Werk, dem „Tiefenland“, den großen Erfolg verschaffte. Wieviel davon auf das Verdienstkonto des musikalischen Bearbeiters des Fragments zu sehen ist, auf Leo Blech, zu dem d'Alberts persönliche Freundschaft auch nach der Szen-

nung ihrer künstlerischen Wege unverändert blieb, kann von außen schwer beurteilt werden. Walzer hatte sich der musikalischen Ausdeutung des Wertes mit dem Ehrgeiz und der Leidenschaft hingeeben, die seiner Natur entspricht, und damit das Orchester zu einer neuen Höchstleistung heraufgeführt. Die Dekorationen Kolter ten Spontes zeigten in den orientalischen Bildern namentlich erlesenen Geschmack, und Intendant Krüger als Regisseur erreichte bei den Darstellern eine Natürlichkeit der Haltung, die bei modern gekleideten Sängern in der Oper eine seltene Erscheinung ist. Von ihnen stand Fritz Neumeier mit der bis in Einzelheiten der Mimik deutlichem und mit musterquäufiger Diktion durchgeführten Rolle des Mitter Wu im Vordergrund. Hermine Dippel, die neu verpflichtete Sopranistin des lyrischen Fachs, als rührende, an die Butterflü erinnernde Rang Ping, des Mandarins Tochter, und Dago Meybert als Basil, bereiteten den ganzen Wohlklang ihrer warmen Stimmen aus. Ebit Maerker trat mit großen Tönen die leidende Mutter, Sanders Schier in Gesang und Spiel den nützlicheren Geschäftsmann. In musikalisch und darstellerisch so gebotener Wiedergabe wird auch die mit verlogenerem Theater gespielte Schauergeschichte des Inhalts ertragbar, das Publikum aber mußte den Schreck nach dem brutalen ersten Aufschluß erst überwinden, bis es nach den folgenden zwei Auführungen unter vielen Herbeirufen in begeisterten Beifall ausbrach.

Das Gerhart-Hauptmann-Jubiläum wurde zunächst mit einer Neueinstudierung seines Jugenddramas „Die Weber“ begegnet, denen später „Vor Sonnenuntergang“ folgen soll. In unserer norderfüllten Gegenwart war man auf eine besonders starke Wirkung dieses mehr als je aktuell gewordenen Stückes gefaßt. Diese Wirkung trat nicht ein, weil der neue Oberregisseur Martin Wien schon bei der passenden Besetzung der Menge von Figuren im derzeitigen Ensemble auf erhebliche Schwierigkeiten stieß. Und gerade bei den günstigen Gelegenheiten zu höchster Spannung, zum Beispiel beim Massensturm der Weber gegen ihres Ausbeuters Haus, gab es Augenblicke allzulangen Schweigens, die den Eindruck des Gemachten wackeln. Am Schluß sparten die Zuhörer für die spürbar reiche Arbeit am Ganzen und für manche tüchtige Leistung im einzelnen mit Ausgebungen des Dankes nicht. —

Drud G. Fraun, Karlsruhe